

Medienmitteilung

Der Regierungsrat hat in seiner Sitzung vom 18. September 2018

beschlossen

- Änderung der Verordnung zum Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV-Vo)

Stellung bezogen

- zum Planungsbeschluss zur Erneuerung der Mittel zum Schutz des Luftraums
- zum Entwurf eines Bundesgesetzes über das Gesichtsverhüllungsverbot (indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot»)
- zur Parlamentarischen Initiative Einführung des Verordnungsvetos

per 1. Oktober in Kraft gesetzt

- Gesetz über die amtlichen Publikationsorgane (Publikationsgesetz, PuG)

STAATSKANZLEI